

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhögergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, Rud. Wöfke; in Leipzig: Eugen Bert. S. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Wegler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

# Danziger Zeitung.



## Nützliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Superintendenten Wienands zu Wald und Werlenthin zu Hirschberg i. Schl., dem Barrer Grosse zu Cöschke und dem Steuer-Einnehmer Exner zu Röll den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Apothekenbesitzer Blas zu Jelsberg den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem emeritirten Schullehrer Kröd zu Straßeborsbach und dem Vice-Feldwebel Kopp das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Wirthschaftsbeamten Lüdtke zu Bonischowitz die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; den Staats-Procurator Nebe-Vflugstaedt in Düsseldorf zum Ober-Gerichtsrath zu Celle zu ernennen; den Kreisgerichts-Director Heise in Habelschwerdt als Director an das Kreisgericht zu Delitzsch zu versetzen; so wie den Reg.-Ref. Sellmann zu Gleiwitz zum befohlenen Beigeordneten zu bestätigen.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Paris, 11. Juni. Die Ruhestörungen haben sich gestern Abend an mehreren Punkten, namentlich auf dem Boulevard Montmartre, wiederholt. Einige Banden verletzten die Straße durch umgeworfene Bänke, Zeitungskioske und Laternen zu sperren, um die Cavallerie zurückzuhalten. Die Läden waren geschlossen. Die öffentliche Macht drängte die Ruhestörer in die Seitenstraßen zurück und es fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Um Mitternacht war überall die Ruhe wiederhergestellt.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Paris, 10. Juni. Der kaiserliche Hof hat die Abreise nach Fontainebleau aufgeschoben.

Die „Patrie“ sagt, die Ernennung Fleury's zum Gesandten in Florenz hänge nicht mit der römischen Frage zusammen, sondern mit einer anderen, welche für die Gegenwart und für die Zukunft von lebhaftem Interesse ist. Zwischen Oesterreich, Frankreich und Italien walle gegenwärtig völlige Gemeinämlichkeit ob in Bezug auf Ansichten und Interessen. Ihre Uebereinstimmung und gemeinsame Haltung könne eine glückliche Einwirkung auf die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts und der Verträge ausüben. Der jetzige Gesandte in Florenz, Malaret, soll nach Peterburg gehen, und der jetzige Gesandte in Petersburg, Tallehrand, Senator werden.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 10. Juni. In der vergangenen Nacht haben wiederum Ruhestörungen in Belleville und im Quartier du Temple stattgefunden. Etwa 4000 Personen zogen unter dem Gesänge der Marseillaise und dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ nach dem Bastilleplatze; eine rothe Fahne und ein Freiheitsbaum wurde ihnen vorangetragen. Läden und Laternen wurden zertrümmert, Zeitungskioske angezündet, ein Kaffeehaus geplündert; die Tumultuanten hatten sich mit eisernen Stangen bewaffnet. Mehrere Stadtfergeanten wurden verwundet; eine Abtheilung der mobilen Nationalgarde zerstreute die Zusammenrottungen. Etwa zwanzig Verhaftungen wurden vollzogen; um Mitternacht war die Ruhe wiederhergestellt. — In Nantes wurde gestern Abend die Ruhe nicht gebüdet.

(N. T.)

Auch in Bordeaux fanden Dienstag Abend noch Zusammenrottungen statt, die sich vor den Truppen, ohne daß von den Waffen Gebrauch gemacht wurde, auflösten. Es wurde jedoch vielfacher Straßeneinbruch verübt, namentlich Straßenlaternen zerbrochen, geplünderte Waaren in die Garonne geworfen, und Brüstungen von den Straßenmauern herabgerissen, so daß zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden mußten.

(W. T.)

Eine Proclamation des Polizeipräsidenten erklärt unter Hinweis auf die am Dienstag und Mittwoch stattgehabten Ruhestörungen, daß die Behörden den ihnen in solchen Fällen obliegenden Pflichten mit Energie nachkommen würden; gleichzeitig werden alle guten Bürger aufgefordert, Zusammenrottungen zu vermeiden und so die Handhabung der Geseze behufs Wahrung der öffentlichen Ruhe zu erleichtern. — Heute Vormittag 11 Uhr erfolgte auf dem Stadthause die Proclamation der Pariser Nachwahlen ohne irgend welchen Zwischenfall.

(W. T.)

Schwerin, 10. Juni. Der Bundesrath des Nordb. Bundes hat beschlossen, die an ihn vom Reichstage überwiesene Beschwerte betreffs der mecklenburgischen Verfassung zurückzuweisen, weil die durch das Urtheil des Freienwälder Schiedsgerichts wiederhergestellte landständische Verfassung bei Errichtung des Nordb. Bundes in anerkannter Wirksamkeit bestand, folglich die auf dieser Verfassung begründeten Rechte als gültiges Verfassungsrecht im Sinne des Eingangs der Bundesverfassung anzusehen seien.

(N. T.)

## Die Ersparnisse in der Verwaltung.

Die neueste „Prov.-Corr.“ bestätigt die Nachricht, daß man bei der Aufstellung des preussischen Etats pro 1870 die Maxime des Zusammenrückens der nützlichen Ausgaben beobachten wird. Es heißt im Anschluß daran dort weiter: Die Regierung wird vorbehaltlich einer demnächstigen umfassenderen Regulirung des Finanzwesens zunächst dem preuss. Landtag, welcher möglichst früh im Herbst berufen werden soll, Vorschläge zur Dedung des vorhandenen Ausfalles im Staatshaushalte machen. Diese Vorschläge können, nachdem jede Anleihe aus dem Gebiete der indirecten Steuern abgelehnt worden ist, lediglich auf Zuschläge zu den directen Steuern gerichtet sein, so sehr die Regierung im Interesse des Landes gewünscht hätte, einer solchen Nothwendigkeit überhoben zu werden. Sollte demnach, wie aus einzelnen Andeutungen officiöser Correspondenzen vielleicht geschlossen werden könnte, wirklich ursprünglich die Absicht vorhanden gewesen sein, die „Ersparnisse in der Verwaltung“ soweit auszudehnen, daß die Regierung da-

durch der Nothwendigkeit überhoben würde, beim Landtage Zuschläge zu den directen Steuern zu beantragen, so wird sich schon bei dem ersten Versuche, die Absicht auszuführen, die Unmöglichkeit desselben herausgestellt haben. Der preussische Staatshaushalt hat sich schon bisher gerade nicht in dem Maße durch eine reiche Dotirung „nützlicher Zwecke“ ausgezeichnet, daß bei einer plötzlichen Tendenz zur Sparfamkeit daran noch allzuviel gekürzt werden könnte. Wenn die Ausgaben für Bauten so weit eingeschränkt werden sollen, als dies nach den contractlich eingegangenen Verpflichtungen möglich ist, wenn namentlich neue Bauten nicht in Angriff genommen werden sollen, so mag sich auf diese Weise ein auch zwei Jahre lang die Verwaltung ohne erhebliche Uebelstände führen lassen; schließlich wird aber die Nothwendigkeit, die nur aufgeschobenen Ausgaben nachträglich auf den Etat zu bringen, mit doppelter Gewalt auf die Regierung einbringen, und es wird dadurch eine Zwangslage ganz anderer Art als die gegenwärtige für die Regierung geschaffen werden. Die Ankündigung von „Ersparnissen in der Verwaltung“ war seiner Zeit im Reichstage als eine „Drohung der Regierung“ bezeichnet worden; damals schon wies der Herr Bundeskanzler eine solche Bezeichnung zurück; die „Provinzial-Correspondenz“ schließt ihren Artikel ebenfalls mit einer Verwahrung in diesem Sinne, indem sie schreibt: „Es ist keine Drohung wenn eine Regierung sagt: Wir werden unter keinen Umständen mehr Geld ausgeben, als die Landesvertretung uns bewilligt. Es ist das einfach die Erklärung: Wir werden die Verfassung halten und uns ihr unterwerfen.“

Wir müssen dem gegenüber bemerken, daß die Ankündigung von Ersparnissen im Reichstage keineswegs sich so ausnahm, als wollte die Regierung damit bloß ihre Versassungstreue, die ja von keiner Seite in Zweifel gezogen war, bekräftigen. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung die Verfassung hält und sich ihr unterwirft; das ist das Mindeste, was man in einem constitutionellen Staate von einer Regierung zu fordern hat; einen besondern Dank dafür ist der Regierung deswegen Niemand schuldig. Jene Ankündigung von Ersparnissen dürfte und konnte keinen andern Zweck haben, als einen moralischen Druck auf die preussischen Reichstagsmitglieder auszuüben; sie wollte und sollte sagen: Bewilligt Ihr uns hier im Reichstage keine Steuern, so könnt Ihr nicht darauf rechnen, daß wir für „nützliche Ausgaben“ im preussischen Staatshaushalt die Mittel beantragen werden. Die Verantwortlichkeit für diese Schädigung des Landeswohls, welche unabweisbar aus einer solchen tendenziösen Sparfamkeit hervorgehen muß, sollte von der Regierung abgewälzt und auf die Gegner der Steuervorlagen abgehört werden. Vor Allem sollten die liberalen Parteien und unter diesen wiederum besonders die national-liberale, wie dies aus dem gleichzeitigen Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ sofort constatirt worden ist, dem Lande gegenüber so gezeichnet werden, als ob dieselben um bloßer Parteizwecke, um der Befriedigung ihrer Machterweiterungsgelüste wegen der Regierung die zur Förderung des Landeswohls erforderlichen Mittel verweigerten.

Dies war der Zweck jener „Drohung“; jetzt nachträglich der Verfassungstreue der Regierung daraus einen Kranz zu winden, dürfte denn doch kein sehr glückliches Unternehmen sein. Wenn die „Prov.-Corr.“ deutlicher hätte sein wollen oder sein dürfen, so hätte sie die Anwendung dieses der Regierung in den Mund gelegten Verfassungsgelübnisses wohl dahin formuliren müssen: „Wir werden die Verfassung halten und uns ihr unterwerfen — Ihr dagegen begehrt, über die Schranken der Verfassung hinaus, für das Abgeordnetenhaus Machtbefugnisse und sucht durch die Drohung, der Regierung die von derselben nicht zum eigenen Besten, sondern lediglich zur Förderung des Landeswohls geforderten Mittel zu verweigern, Zugeständnisse zu extorren, die mit Art. 109 der Verfassung unvereinbar sind.“ Diese oder ganz ähnliche Anklagen werden wir wohl demnächst oder vielleicht auch erst, wenn die Einberufung des Landtages näher rückt, von officiöser Seite zu hören bekommen. Es ist daher ganz nützlich, bei Zeiten die Bevölkerung über die wahre Sachlage aufzuklären.

n. Berlin, 10. Juni. Der Egyptische Besuch hat etwas mehr Leben in unsere zur Zeit ziemlich stille Hauptstadt gebracht. Man sah Galmagen die Linden entlang nach dem Schlosse eilen und im Opernhause fanden Festvorstellungen statt, die man seit längerer Zeit nicht gesehen hatte. Die egyptischen Gäste nehmen vielfach die Aufmerksamkeit des Volkes in Anspruch, namentlich gefiel diesem der etwa zehn Jahre alte Sohn Ismail Pascha's, der einen Negerknaben von gleicher Größe und ebenso gekleidet wie er, zum Begleiter hat. Politiker, denen die egyptischen Verhältnisse bekannt sind, ließen ihre Augen dagegen vorzugsweise auf den interessanteren, wild trossigen Blüten des Vicekönigs, Mustapha Fizi Pascha ruhen, der als Führer der jungtürkischen Partei anzusehen ist und vielleicht noch eine große Zukunft vor sich hat. Er weilte drei Jahre in Paris und wußte sich dort nicht nur Louis Napoleon's Zuneigung, sondern auch die aller hervorragenden Politiker und Schriftsteller zu verschaffen. Er soll dort in dieser Zeit nicht weniger als 10 Millionen Pfaster verausgabt haben, erreichte dafür aber, daß in Paris der Wunsch ausgesprochen wurde, ihm müde statt seines Bruders die Nachfolge zu Theil werden. Auch ohne Vicekönig zu sein, kann er jedoch viel wirken, da er bereits großen Einfluß auf die gesammte Türkei ausübt und dem Sultan schon einmal zwingen konnte, die gegen ihn erhobene Verdächtigung, als wolle er die Auflösung der Türkei herbeiführen, für grundlos zu erklären und den Weg der Reform zu betreten, auf welchen die Jung-Türken ihn drängten. Man kann sich hierdurch vorstellen, daß die egyptische Regierung die Vollendung des Suez-Canals benutzt, um zu

einer möglichst unabhängigen Stellung zu dem türkischen Reiche zu gelangen und ist begierig, zu erfahren, wie sich Rußland und England zu dieser Angelegenheit verhalten werden, da sich annehmen läßt, daß Louis Napoleon die Forderungen des Vicekönigs begünstigt. Er wird natürlich vorläufig nur, daß die Kapitulationen zwischen der Pforte und Egypten erneuert und direct von dem letzteren abgeschlossen werden, während es bisher unter Vermittlung der türkischen Regierung geschah. Der auswärtige Minister des Vicekönigs, Nubar Pascha, welcher ihn begleitet, soll ein geschickter Diplomat sein, und es läßt sich deshalb annehmen, daß die Reise seines Herrn durch Europa nicht ohne Erfolg sein wird, wenn er auch nicht direct hervortritt. Etwas werden die Großmächte für Egypten jedenfalls thun müssen, da seine Bedeutung durch die Eröffnung des Mittelmeeres sich wesentlich steigert. — Die Reise unseres Königs nach dem Jade-Hafen, Bremen und Hannover ist auf den 13. festgesetzt, und man kann nur wünschen, daß ihm die Anstrengungen, welche eine solche Reise erfordert, nach seinen jüngsthin bestandenen Leiden nicht schädlich sein mögen. — Die Mitglieder des Zollparlaments freuen sich schon vielfach auf die Reise nach Bremen, zu der sie der Vertreter dieser Hansestadt, Meyer, eingeladen hat. Es wird sonach wieder richtige Gelegenheit zum Fraternisiren der norddeutschen und süddeutschen Abgeordneten geben. — Mit großem Interesse vernimmt man, daß der Fürst Hohenlohe eine längere Unterredung in Babelsberg mit dem Könige gehabt hat, da der Fürst kürzlich in seinem Rundschreiben nach den bayerischen Wahlen sagte, Bayern werde nicht nur an dem Schutz- und Trugbündniß mit Preußen festhalten, sondern auch darnach streben, eine Form zu finden, in der eine noch nähere Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde möglich wird, ohne daß ein wirklicher Eintritt in denselben erfolgt. Es kann nicht schwer fallen, diese Form zu finden, sobald beide Theile den guten Willen haben, sich anzunähern und etwas zu Stande zu bringen, was zum Ziele führt. Dazu würde immer eine solche Erweiterung des Competenz des Zollparlaments erforderlich sein, daß es ohne Mühe und Anstand mit dem Reichstage verschmolzen werden kann.

BAC. Berlin, 10. Juni. [Die Nachwahlen in Frankreich] geben von dem Gesamtergebnisse ein anderes und besseres Bild, als die ersten unvollständigen Nachrichten. Selbst Paris, ein Sitz des Radicalismus, wie jede Hauptstadt und mehr noch als jede andere, — selbst Paris hat sich befohlen und schließlich der gemäßigteren Opposition den Sieg verliehen. Im Ganzen sind überall die Chauvinisten wie die Sozialisten zurückgedrängt worden, und selbst Paris ist wohl schwerlich wegen seiner auswärtigen Politik und seiner Hier nach der Abiegrenze durchgekommen; ja es ist bezeichnend genug für die Friedensliebe des französischen Volkes, daß ein Mann von seinem Ruhm und seiner Vergangenheit erst bei einer Nachwahl durchdrang, ja daß eine unklare Persönlichkeit, wie D'Alton Chee, ihm den Rang streitig machen konnte. Die jetzigen Wahlen sind, Alles in Allem, eine starke Mahnung zu liberalen Reformen und geregelter Staatshaushaltung, aber keine Kriegserklärung an den Kaiser; noch weniger eine solche an Deutschland, — vielmehr wollen sie besagen, daß die Franzosen sich nicht mehr durch auswärtige Expeditionen von der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten abziehen lassen. Demnach scheint auch für Deutschland der Augenblick gekommen, wo es ohne bedrohliche Kriegsgefahr das Gebäude seiner nationalen Einheit ausbauen kann.

[Bei der Commissionsberathung des Kräftigen Antrages wegen des Rayongesezes] hat bekanntlich der Regierungskommissar die bestimmte Zusicherung ertheilt, daß die Erweiterung der Festungen, welche durch die Bervollkommnung der Geschütze u. s. w. nothwendig wird, nicht erfolgen solle, bis der dem Reichstage vorzuliegende Entwurf eines Rayongesezes in Kraft trete. In Stettin schweben bereits Verhandlungen wegen Uebernahme des durch die Hinausrückung der Festungswerke frei werdenden Terrains durch die Stadt. Wie der „Magd. Ztg.“ zufolge verlautet, hat Dr. Strousberg Anerbietungen gemacht wegen Uebernahme des entsprechenden Terrains in Köln.

[In conservativen Kreisen] tauchte sofort nach dem Bekanntwerden des Todes des Oberpräsidenten von Schlesien die Candidatur des Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode (des Präsidenten des Herrenhauses) zu dem erledigten Posten auf.

Der Geheim-Ober-Finanzrath Dreßler ist an die Stelle des in Folge seiner Ernennung zum Ministerial-Director ausgeschiedenen Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Schumann zum Mitgliede der Ober-Examinations-Commission ernannt worden.

[Die Fournier'sche Angelegenheit] scheint doch noch in weitere Ferne gerückt zu sein, als man vor einiger Zeit geglaubt hatte. Aus dem Umstande, daß Seitens des Consistoriums die Acten in dieser Sache an die Staatsanwaltschaft zurückgegangen waren, hatte man den Schluß gezogen, daß von der Erhebung des Competenz-Conflicts Abstand genommen worden sei und in kurzer Zeit die Erhebung der Anklage bevorstehe. Wie man jetzt hört, soll jedoch die Sache noch nicht so liegen. Die geistliche Behörde soll vielmehr die Veneisnahme, welche bekanntlich nicht zu Gunsten des Consistorialraths Fournier ausgefallen ist, noch nicht für ershöpfend halten und noch die Auslage anderer bisher nicht vernommener Zeugen verlangen. Die Acten werden also nochmals an die geistliche Behörde zurückgehen und diese sich dann entscheiden, ob der Competenz-Conflict erhoben werden soll oder nicht.

Stettin, 10. Juli. Die „N. St. Ztg.“ schreibt: Man erwartet für Stettin die Ernennung eines Königlich ungarischen Consuls, der speciell bei den lebhaftesten Verkehrsbeziehungen zwischen Ungarn und Stettin die Handelsinteressen im Auge behalten soll. Für Danzig ist bereits ein





